

Bürgerlichkeit – ein politischer AIDS-Erreger?



Am Anfang des Jahres

2012 geht auf PI alles seinen gewohnten Gang. Aber so wichtig die bisherige Arbeit von PI bleibt, so sehr müssen wir uns eingestehen, dass sich die Geschäftsgrundlage dieses Blogs im letzten Jahr massiv geändert hat. Die bestand ja in dem Glauben, dass die politischen Verhältnisse sind, wie sie sind, weil bestimmte Fakten und Meinungen unterdrückt werden und weil der Einzelne nicht weiß, wie viele seine Meinung teilen. Wir werden sie zukünftig um eine Frage erweitern müssen: warum tun die Bürger nichts, auch wenn alle Fakten offen auf dem Tisch liegen, auch wenn sie sehen können, wie groß die Opposition zur Meinung der Herrschenden eigentlich ist und wie sehr die Medien die Wirklichkeit verzerren? Und welchen Anteil haben die eigenen, mit dem Begriff Bürgerlichkeit verbundenen Werte, Verhaltensmuster und Selbstbilder an dieser politischen Ohnmacht?

(Von Peter M. Messer)

Denn auch ohne PI waren durch Euro-Krise und Sarrazin-Debatte die Tatsachen mit breiter Medienpräsenz gesegnet, aufgrund derer das Bürgertum die Beschädigung seiner Existenzgrundlagen erkennen konnte: seiner finanziellen Grundlagen durch die Übernahme fremder Staatsschulden, seiner sozialen durch die von Sarrazin beschriebenen Prozesse. Auch die Rechtsordnung

hat sich als nicht tragfähig erwiesen: das Bailout-Verbot lief leer, die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht blieben erfolglos, und im Fall Sarrazin erledigte sich die Meinungsfreiheit.

Trotzdem kam es im Superwahljahr 2011 zu keinem bürgerlichen Protest, weder durch Wähler noch Parteimitglieder. Letzteres wiegt besonders schwer, weil die gängigen Wählerausreden (keine Erfolgsaussichten, keine akzeptable Alternative) hier nicht gelten. Euro-Rebellen gab es wenige, die FDP-Mitglieder bestätigten im Mitgliederentscheid den Euro-Kurs der Parteiführung, und Peter Gauweiler wurde nicht zu einem der stellvertretenden CSU-Vorsitzenden gewählt. Die Wahl Gauweilers hätte noch nicht einmal eine Koalitionskrise bedeutet. Trotzdem war die angeblich kantigste und konservativste etablierte Partei Deutschlands dazu nicht in der Lage.

Stattdessen kam es zum Aufstieg der Piratenpartei. Gegen diese Partei kann man anführen, was man auch gegen neue „rechte“ Parteien anführen kann: keine politische Erfahrung, kein charismatischer Führer, unausgegorenes Programm. Aber sie könnte sich wie schon die Grünen professionalisieren, weil sie das wichtigste erreicht hat: Präsenz im Parlament. Was immer man von ihren Wählern halten mag, sie haben nicht auf den Messias gewartet, sondern das für sie Nächstliegende getan und das Mögliche erreicht. Kurz gesagt: Piraten sind Demokraten, Bürger sind Dummköpfe.

Natürlich folgt jetzt der Aufschrei: Die bösen Linken und die bösen Medien sind schuld! Aber erstens ist die heutige Situation nicht über Nacht entstanden, sondern das Ergebnis teils jahrzehntelangen bürgerlichen Nachgebens, teils der aktiven Politik bürgerlicher Parteien in Sachen Euro und Europa. Und zweitens ist es doch merkwürdig: Sonst werfen wir den Linken vor, sie würden für alles die Gesellschaft verantwortlich machen, und jetzt schieben wir alles auf die äußeren Umstände und haben keine eigene Verantwortung?

Es stimmt aber auch: Die Bezeichnung als Dummkopf hat keinen analytischen Gehalt und erlaubt kein politisches Handeln, auch nicht der Vorwurf der „spätgermanischen Dekadenz“. Und das ist die zweite Merkwürdigkeit: das Bürgertum zeigt in der Wirtschaft genau den Mut, die Initiative, Kreativität und Beständigkeit, die ihm in der Politik fehlt. Dekadenz sieht anders aus. Statt ständig zwischen Fremd- und Selbstanklage zu springen, sollten wir die Möglichkeit untersuchen, dass die bürgerliche politische Lähmung ihre Ursache in den bürgerlichen Lebensverhältnissen, Lebensformen und Werten hat und dass das, was sich im Wirtschaftsleben bewährt, in der Politik wie ein AIDS-Erreger wirkt und die eigenen politischen Abwehrkräfte zerstört. Das soll nicht heißen, dass das Bürgertum eigentlich links stünde. Es genügt, wenn Bürgerlichkeit und das Leben im heutigen Kapitalismus Nebenwirkungen, paradoxe Effekte und Schwachstellen mit sich bringen sollten, die im Zusammenwirken mit echten linken Kräften deren Übergewicht erzeugen.

Fasst man das einmal ins Auge, ergeben sich viele Fragen und Auffälligkeiten:

1. Die absolute Basisfrage: Der Bürger sieht sich als Freund und den Linken als Feind der Wirtschaft. Kann linkes Denken aber vielleicht deshalb alle Lebensbereiche durchdringen, weil es zumindest teilweise im Einklang mit dem gegenwärtigen Kapitalismus bzw. den Interessen der wirtschaftlich Herrschenden steht? Vieles spricht dafür:

a) Lohndumping durch Arbeitskräfteimport, der Euro und der Abbau nationaler Souveränität durch Europäisierung und Globalisierung wurden und werden von großen Teilen der Industrie und des Finanzwesens gefordert und gefördert. Geklagt gegen den Euro-Rettungsschirm haben u. a. der Verband familiengeführter Unternehmen, nicht der BDI.

b) Das heutige Bild zumindest gehobener Arbeitsverhältnisse wird durch Begriffe wie Selbstverantwortung, Kreativität,

Flexibilität und Projektorientiertheit geprägt, die wesentliche Übereinstimmungen mit dem Wertewandel seit 1968 zeigen. Darüber herrscht in der Soziologie weitgehend Einigkeit. Luc Boltanski und Ève Chiapello gehen in ihrem Buch „Der neue Geist des Kapitalismus“ sogar so weit, dies als Anpassung des Kapitalismus an die Kritik der 68er zu sehen. Nun ist gegen kreative und selbstbestimmte Arbeit nichts einzuwenden. Aber was wurde bei dieser Anpassung noch übernommen? Welche Nebenwirkungen hat dieser Wertewandel in der Wirtschaft im Politischen?

c) Eine paradoxe Wirkung der Autonomie des Einzelnen beschreibt Alain Ehrenberg in seinem Buch „Das erschöpfte Selbst“: Das mit seiner Autonomie überforderte Individuum bedarf der lebenslangen begleitenden Unterstützung durch Therapie- und Trainingsmaßnahmen. Liegt hier zumindest eine Quelle für die Akzeptanz der Überregulierung des privaten Lebens durch den Fürsorgestaat? Ist bürgerliche Selbstständigkeit nur noch eine Maske, die zutiefst verunsicherte Individuen aus Gründen der Selbstvermarktung und des Selbstbetruges tragen?

d) Zu den Widersprüchen der Linken gehört es, einerseits das Individuum befreien zu wollen und andererseits das Kollektiv zu predigen. Die Rhetorik des heutigen Kapitalismus ist ähnlich beschaffen: Einerseits ist jeder ein freies „unternehmerisches Ich“, andererseits schwirrt es von Begriffen wie Vernetzung, Netzwerk, Kooperation, community, team. Beeinträchtigt der allgegenwärtige Zwang zur Vernetzung die Fähigkeit, sich politisch gegen die Inanspruchnahme durch andere zu wehren?

2. Die heutige Linke, die 68er-Linke, ist sozial aus dem Bürgertum hervorgegangen. Die meisten 68er hatten einen bürgerlichen Hintergrund. Wie Boltanski und Chiapello gezeigt haben, hat sich die 68er-Linke der Kritik der Arbeiterbewegung am Kapitalismus als Kritik sozialer Ungerechtigkeit zwar angeschlossen. Ihre eigentlichen Wurzeln liegen aber in der

„Künstlerkritik“: Künstler kritisierten das bürgerliche Leben als fremdbestimmt, monoton und nicht schöpferisch und zielten darauf ab, den Status ihrer eigenen Lebensform in der bürgerliche Gesellschaft zu erhöhen. Das setzt natürlich voraus, dass es Werte innerhalb des Bürgertums gab, die positiv auf diese Kritik reagieren konnten, sonst wäre sie so nicht formuliert worden. Könnte die 68er-Linke also zumindest z. T. nicht aus der Opposition zu bürgerlichen Werten, sondern aus ihrer Übersteigerung hervorgegangen sein?

Diese Trennung zwischen Arbeiterkritik und der vom Bürgertum angenommenen Künstlerkritik zeigt sich an den Unterschieden zwischen Linkspartei und Grünen: Die altlinke Linkspartei stellt kritische Fragen zum angeblichen Facharbeitermangel und stimmt gegen den Euro-Rettungsschirm, während sich die Grünen hier vollständig kapitalismuskonform verhalten.

3. Bürgerliche meinen, man müsse ihren Anliegen ohne Kampf Aufmerksamkeit schenken, weil sie so große Beiträge zum Gemeinwesen leisten. Das ist natürlich Quatsch. Eine Leistung ist nur dann ein Druckmittel, wenn man sie verweigern kann. Auch eine Sklavenplantage funktioniert nicht ohne Sklaven, aber niemand käme auf die Idee, die Sklaven deshalb für Herren zu halten. Seine Leistungen kann der Bürger aber so wenig verweigern wie der Sklave, weil er damit seine Lebensgrundlage aufgeben würde. Anders ausgedrückt: eine maßgebliche Klasse, die um ihre Anerkennung betteln muss, ist keine.

4. Linke leben von außen nach innen. Sie sehen ihr Leben als von gesellschaftlichen Umständen bestimmt an – und kämpfen deshalb, um sie zu ändern. Bürgerliche leben (angeblich) von innen nach außen. Sie glauben, dass die Umwelt sie bestenfalls im Ausdruck ihrer Persönlichkeit behindern, aber sie nicht formen kann. Timur Kuran hat jedoch in seinem Buch über die Political Correctness, Leben in Lüge, u. a. gezeigt, dass die Maske irgendwann nach innen wachsen und der äußere Druck die eigene Meinung umformen kann. Das Auseinanderklaffen von Umfrageergebnissen zu Euro und Sarrazin und den

Wahlergebnissen deutet darauf hin, dass genau so ein Transformationsprozess in Gange ist.

5. Linke sagen „ich“, Bürger sagen „es“. Der Linke will die Politik, die er propagiert, immer auch selbst. Der Bürger dagegen verweist auf „die Erfahrung“, die zeige, dass Multikulti und Sozialismus „leider“ nicht funktionieren. Er sagt meist nicht, dass er selbst zu Multikulti keine Lust hat und nicht für andere arbeiten und zahlen will. Dadurch ist er an Motivation und Angriffslust dem Linken unterlegen: die Erfahrung zeigt nämlich auch, dass man alleine mit der Erfahrung gegen Linke nicht erfolgreich argumentieren kann.

6. Erfahrung ist deshalb erfahrungsgemäß kein Ersatz für Theoriebildung. Linke haben Theorien, und auch eine falsche Theorie erlaubt zumindest eines: überhaupt zu bewerten und zu handeln. Dem Bürger fehlt mittlerweile eine solche Richtschnur. Hilfreich wäre schon ein einfacher Werkzeugkasten zur Herstellung von politischen Ursache-Wirkungs-Beziehungen und Bewertungen: Kein Bürger wird einen Architekten, dessen Haus zusammengebrochen ist, ein zweites Mal beauftragen. Aber alle Bürger hören immer noch auf Politiker, Experten und „moralische Autoritäten“, die sich seit Jahrzehnten irren.

7. Der Bürger möchte niemanden ausgrenzen. Er wendet sich zwar abstrakt gegen die Einwanderung in die Sozialsysteme, aber wenn es konkret wird und etwas getan werden soll, knickt er ein. Man braucht nur an das Verhalten Jan Fleischhauers in der Sarrazin-Debatte zu denken. Der Linke hat dieses Problem nicht. Er grenzt gerne aus und qualifiziert ab, und das mit breitem Pinsel: Deutsche, Spießbürger, Kleinbürger, Männer, Amerikaner, Israelis. Er hat darum auch keine Hemmungen, seine Politik gegen diese Gruppen zu betreiben.

8. Der Bürger will sachlich sein. Zu großen Enthusiasmus vermeidet er, erst recht negative Emotionen wie Wut oder Hass. Der Linke hingegen spielt auf der gesamten Klaviatur der Gefühle. Er begeistert sich für Utopien und Revolutionen, er

leidet an der Schlechtigkeit der Welt, und beim Ausgrenzen ist er wütend und zornig, er verachtet und hasst. „Wie kann ich zum Beispiel Sozialpolitik machen, wenn ich nichts empfinde?“, fragt Claudia Roth. Jan Fleischhauer macht sich darüber lustig – und irrt. Denn Emotionen sind, wie die Soziologin Eva Illouz schreibt, nicht einfach Beiwerk rationaler Prozesse, sondern färben unsere Gedanken und geben ihnen motivierende Kraft. Weil der Linke fühlt, handelt er. Weil der Bürger seine Gefühle unterdrückt, handelt es nicht. Stattdessen verwandeln sich die aufgestauten Emotionen selbstzerstörerisch in Angst, wütende Ohnmacht, Selbstekel.

9. Politik ist heute stark personalisiert – aber könnte dies für Bürgerliche mehr gelten als für Linke, weil der Bürger bei der Wahl nicht nur seinen politischen Willen, sondern sich als Person widerspiegeln will? Denn er muss sich selbst im Marktgeschehen ständig als kompetente, flexible und mobile Persönlichkeit darstellen. Dazu passt die Wahl von Schmuddelparteien nicht – wohl aber die Begeisterung für Scheinwiderständige wie Guttenberg, Lammert & Co. Ist Bürgerlichkeit am Ende ein aus Narzissmus geschmiedeter Nasenring, an dem wir uns von den Eliten zur Schlachtbank führen lassen?

Damit ist die Liste möglicher Fragen nicht abgeschlossen. Und wir müssen uns diesen Fragen stellen, indem wir unsere Situation klar und kalt analysieren und wenigstens unsere Einstellung zu ihr verändern. Das ist anspruchsvoller als jede Wertebeschwörung, und es könnte schmerzhafter sein als jede Selbstanklage. Wir müssen uns endlich selbst problematisieren – und der Möglichkeit ins Auge sehen, dass Bürgerlichkeit nicht die Lösung ist, sondern das Problem: dass sie der AIDS-Erreger ist, der den linken Infekt erst zur tödlichen Krankheit macht.

(Bild oben: „Der Sonntagsspaziergang“ einer bürgerlichen Familie, Bild von Carl Spitzweg von 1841)